

Dringliche Anfrage

Fraktion der FDP

Hannover, den 11.04.2016

„Chaos“ bei VW - „Katzentisch“ für die Landesregierung? Wann nimmt die Landesregierung ihre Verantwortung wahr?

Seit dem letzten Plenarabschnitt äußerte sich die Landesregierung zu vielen offenen Fragen und Gerüchten bei VW nicht. Im letzten Plenum führte Wirtschaftsminister Lies aus, dass er von VW keine Antwort bekäme, und kündigte gegenüber der Presse an, dies in den Gremien bei VW anzusprechen.

In der Zwischenzeit hat der VW-Chef der USA, Michael Horn, laut Presseberichterstattung ohne Vorwarnung sein Amt niedergelegt, es stehen bis zu 15 000 Stellen im Verwaltungsbereich bei VW und Standorte in Niedersachsen infrage und weitere Probleme tauchen auf.

So erreichen die Klagen von geschädigten Aktionären inzwischen Höhen von über 3 Milliarden Euro und richten sich als Verursacher gegen den heutigen Aufsichtsratsvorsitzenden Pötsch. Dieser wiederum soll mit Zustimmung des Landes Niedersachsen mindestens eine 10-Millionen-Euro-Prämie für seinen Wechsel in den Aufsichtsrat bekommen haben.

Die zukünftige Strategie des VW-Konzerns, insbesondere der Kernmarke VW, ist und bleibt weiterhin ungeklärt. Nach Presseberichten hat der Betriebsrat inzwischen dem zuständigen Konzernvorstand das Vertrauen entzogen und will nur auf schriftlicher bzw. Vertragsbasis mit ihm zusammenarbeiten. Medien berichten hierzu von einem offenen Machtkampf und nicht zu heilenden Bruch im Konzern. Hinzu komme, dass die Vorstände bei VW auf die Auszahlung von Gratifikationen in Millionenhöhe pochten, obwohl diese auf der Basis jahrelanger „betrügerischer Manipulationen“ beruhten und die Folgen für den Gesamtkonzern überhaupt nicht absehbar seien.

Trotz der unklaren Situation um die wirtschaftliche Zukunft und mit Blick auf die aktuelle Berichterstattung, z. B. „Gefangen im System VW“ (SZ, 11. April 2016), beabsichtigt der Aufsichtsrat offenbar, dem Vorstand erfolgsabhängige Bonuszahlungen zu gewähren, und bereitet im Gegenzug die Aktionäre auf einen eventuellen Totalausfall der Dividende vor.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erwartungen hat die Landesregierung an die zukünftige Führungs- und Unternehmenskultur des VW-Konzerns, und was unternimmt sie, um dies zu erreichen?
2. Haben die Vertreter der Landesregierung im VW-Aufsichtsrat der Wechselprämie von 10 bis 15 Millionen Euro für den Aufsichtsratsvorsitzenden zugestimmt oder hiervon Kenntnis gehabt?
3. Was hat die Landesregierung konkret wegen der nicht erfolgten Informationen zum Arbeitsplatzabbau und der Standortschließungen in den Gremien bei Volkswagen oder über andere Wege mit welchem Ergebnis unternommen?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Ausgegeben am 11.04.2016)